

Studie aus Habecks Ministerium behauptet 900 Milliarden „Klimakosten“ für Deutschland bis 2050

geschrieben von AR Göhring | 8. März 2023

von AR Göhring

Bis 2050 könnten (sic) in Deutschland 900 Milliarden Euro Folgekosten der Klimakrise auflaufen. Das ist das Ergebnis einer Studie, die das Wirtschaftsministerium unter Robert Habeck in Auftrag gegeben hat. Gleichzeitig mahnt der Bundesrechnungshof, daß seit 2020 850 Milliarden Euro Schulden von der Bundesregierung angehäuft wurden. Wodurch wird Deutschland also ruiniert – durch Klima, oder durch Klimapolitiker?

Wenn ein von einem Grünen geführtes Ministerium eine Studie in Auftrag gibt, ist zu erwarten, daß etwas herauskommt, was dem grünen Weltbild entspricht. Ob die Studien-Durchführer grüne „Nicht“regierungsorganisationen (NGO) sind, oder „unabhängige“ traditionelle Institute, ist dabei zweitrangig, da sehr viel Geld fließt. Würde ein partei-ungebundenes Institut ein politisch nicht genehmes Ergebnis abliefern, wäre der nächste Auftrag damit perdu. Lukrative Staats-Aufträge, die regelmäßig hereinkommen, sind heuer nicht nur für private Zeitungen oder Plakatwände-Anbieter eine sichere Bank, auf die man in wirtschaftlich zunehmend unsicheren Zeiten nicht erzichten kann.

So erklärt sich die katastrophale Vorhersage einer Studie, die am Montag vom Handelsblatt berichtet wurde. Danach könnten (!) klimabedingte Schäden in Deutschland bis zu 900 Milliarden Schäden verursachen, mindestens aber 280 Milliarden. Das Wörtchen „könnte“ ist hier wichtig, weil:

Die Ergebnisse sind nicht als Vorhersage zu verstehen, sondern sollen einen Eindruck vermitteln, was unter bestimmten Annahmen passieren könnte.

Den geneigten EIKE-Leser erinnert diese Formulierung an Rahmstorfs ehrlichen Moment von 2013:



Die Rechenmodelle der Klimaforscher arbeiten mit chaotischen Systemen – die sich gar nicht berechnen lassen. Das wird mit bombastischen Formeln und Großrechnern aber maskiert.

Was genau soll passieren laut Studie? Das übliche:

Extremereignisse wie Hitze und Hochwasser

Blüten finden zwei Wochen früher statt als noch vor einigen Jahren

Ernteauffälle

Reparaturkosten durch Infrastrukturschäden

steigende Gesundheitskosten

Nichts Neues unter der Sonne also. Wie rechtfertigen die Studienführer daher das von ihnen erhaltene Steuergeld? Mit Schwurbelei:

Vor diesem Hintergrund nimmt das Projekt „Kosten durch Klimawandelfolgen in Deutschland“ eine explorative, systematische und umfassende Analyse und Abschätzung der Folgekosten für die deutsche Volkswirtschaft vor. Dies umfaßt die Kosten von Klimaschäden durch Extremwetterereignisse ebenso wie durch das graduelle Voranschreiten des Klimawandels (Schadenskosten) sowie die Kosten von Anpassungsmaßnahmen (Anpassungskosten).

Verstanden? Interessanter als die wenig gehaltvollen Aussagen der Verbrenner ist eher, sich anzuschauen, wer die Studiendurchführer sind. Sie klingen für Habecks Verhältnisse erstaunlich neutral:

Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW)

Gesellschaft für Wirtschaftliche Strukturforchung (GWS)

Prognos AG

Hätte das Bundesministerium den Auftrag an das PIK, das *Wuppertal Institut* oder an *Greenpeace* vergeben, wäre wohl zu offensichtlich gewesen, daß es sich um Aufträge mit vorher mehr oder weniger ausdrücklich festgelegtem Ergebnis handelt. Außerdem haben die Genannten ja schon ihr staatlich garantiertes Auskommen – die weniger Bekannten im klimapolitischen Komplex müssen aber auch noch versorgt werden. Beim IÖW ist schon am Namen erkennbar, das es komplexzugehörig ist. Bei der GWS und den Schweizern von der *Prognos* ist es schon aus Unbekanntheitsgründen nicht sofort ersichtlich – was deren Arbeit seriös und unabhängig erscheinen läßt.

Zuweilen muß man als Kritiker schmunzeln, welche Nachrichten gleichzeitig herauskommen und die Widersprüche im besten Deutschland, das wir je hatten, besonders betonen. Ungünstig war nämlich die Nachricht vom Protest des Bundesrechnungshofes am selben Tag wie die 900 Mrd.-Studie, nachdem die Bunte Regierung seit zweieinhalb Jahren Schulden aufnimmt, als gäbe es kein Morgen. Und die Summe liegt sogar in der Größenordnung der gefühlten „Klimaschäden“ – 850 Milliarden Euro. Bedenkt man, daß die Ampelregierung das Geld der Bürger noch unbekümmerter zum Fenster herauswirft als die Merkel-Kabinette (z.B. LightningII-Kauf, 15 Mrd. Auslandsschuldenerlaß), ist das schon pikant. Der kritische Bürger fragt sich – ruiniert uns das „Klima“ – oder sind es eher die Klimapolitiker?

Beim „Klima“ schreiben selbst die drei oben genannten Institute nur im Konjunktiv – was sie später von möglichen juristischen Folgen befreit, sie haben ja nie etwas Endgültiges behauptet (wie das IPCC übrigens auch). Denn wenn (wie üblich) eine ökologische Katastrophe nicht eintritt, hatten die „Experten“ ja nicht Unrecht, weil sie nur von einer Möglichkeit oder Wahrscheinlichkeit sprachen – den berühmten „Szenarien“.

Wenn Wirtschaftsminister Robert Habeck sich aber mit